

Beilage zu Nr. 24 des Zentralarbeiters.

Gerau, Freitag den 10. Juni 1904

Konferenz des nordbairischen Agitationsbezirks.

Am 22. Mai (Pfingstsonntag) tagte im „Deutschen Hof“ in Erlangen die Konferenz der Villen Nordbayerns mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht des Agitationssomitees; 2. Die Beschlüsse der Generalversammlung; 3. Bericht über die statistischen Aufnahmen; 4. Wahl des Vororts und Verschiedenes.

Kollege Berger eröffnete die Konferenz und begrüßte die Delegierten im Namen des Agitationssomitees. Begrüßungsansprachen hielten noch die Kollegen Arzberger im Namen der Kollegen Erlangen und Rößel im Namen des Hauptvorstandes. — In das Bureau wurden gewählt die Kollegen Berger-Nürnberg als 1. Vorsitzender, Arzberger-Erlangen als 2. Vorsitzender, Kaiser-Bayreuth als 1. Schriftführer und Brümmel-Hirsch als 2. Schriftführer. In die Zentralkommission wurden die Kollegen Maithe-Hof und Blasius-Kirch gewählt. — Dant Präsident sind 18 Delegierte anwesend, außerdem vom Agitationssomitee die Kollegen Berger, Bachmeyer und König. Der Hauptvorstand ist vertreten durch Kollegen Rößel und das südbairische Agitationssomitee durch Kollegen Doll.

Den Jahresbericht erstattete Kollege Berger. Er wies auf die Schwierigkeiten hin, mit denen das Agitationssomitee bei der Agitation zu rechnen hat, da der Einflussbereich des nordbairischen Zentralarbeiters unglaublich sei. Trotzdem war es möglich, 22 Versammlungen abzuhalten. In denselben referierten die Genossen Dr. Braun, Oberhardt, Breden, Dorn, Berger, Segel und Frau Gräfenberg. — Villen wurden in Oberlochan und Nalla gegründet; in Ruhmbach ist die Gründung einer Villale durch einen Fabrikbrand auf abschreckende Weise hinausgeschoben. — Schriftstücke sind 107 eingegangen und 26 wurden versandt. — Unterausschüsse machten sich 26 notwendig. — An politischen Anliegenheiten schaffte es ebenfalls nicht. Redner führte einige Fälle an, wo die Polizei verfügte, Versammlungen zu blitzenstellen. In Helmreichs wollte sie die Villale zu einem politischen Verein erklären, weil Kollege Rößel als Festsprecher ausgeschrieben war. Redner kam sodann noch auf die Ausperrung in Erlangschau zu sprechen. Nachdem er die neugegründete Organisation der Unternehmer besprochen hatte, schloss er mit dem Wuncho, daß es uns gelingen möge, die Massen der Zentralarbeiter für den Verband zu gewinnen, um die dunklen Pläne der Scharfmacher zu durchkreuzen.

Der Kassenbericht wurde vom Kollegen Bachmeyer gegeben. Der Jahreskassenabschluß, der den Delegierten vorlag, ergab folgendes Bild: Ein nahm ein Kassenbestand von 1902 70,65 Mr., Beträgt von den Villen 111,65 Mr., freiwillige Beiträge 1,10 Mr., sonstige Einnahmen 5,04 Mr., Aufschub vom Vertrauensmann 600 Mr., in Summa 787,88 Mr. Ausgaben: Agitation 249,70 Mr., Drucksachen 67,95 Mr., Post 98,10 Mr., Sachleid 20 Mr., Verwaltung 8,98 Mr., Aufschub an die Villale Roth 50,45 Mr., in Summa 448,88 Mr. Es bleibt somit ein Kassenbestand von 846,09 Mr.

Wen seitens der Delegierten bestätigte Kollege Rößel-Nürnberg die Richtigkeit der Kassenführung und beantragte Entlastung der Kommission. Redner bestätigte den Wunscho, daß die einzelnen Delegaten die eigene Agitation nicht einzeln mit den tatsächlichen Villenberichten überstimmen.

Kollege Rößel-Berlin ant. daß der Jahresabschluß zu wenig Auskunft gebe über die eigentliche Tätigkeit des Agitationssomitees. Der Streit in Jülich habe uns gelehrt, wie es nicht gemacht werden soll. Redner begrüßte es, daß von Seiten des Agitationssomitees die Villale Roth wieder zu neuem Leben erwacht wurde, doch waren die zeitigen Maßnahmen des Hauptvorstandes gewiß der Sache entsprechen.

Kollege Berger machte einige Ergänzungen in Angelegenheit der Villale Roth. Es ist an das Agitationssomitee wiederholt die Aufforderung ergangen, nach Roth zu kommen, da Kollege Rößel-macher die Villale aufzulösen wolle. Daß die Stellung eines Vorsitzenden dort eine schwierige sei, beweisen bestehen, daß auch der jetzige Vorsitzende, Kollege Rößel, gesagt, war, den Ort zu verlassen. Nun war Kollege Rößel-macher Vorsitzender, Rößeler usw. zugleich und wurde eines Tages gemäßigt. Er wollte jedoch keine Gewissens- und Regelunterstützung erheben, sondern wandte sich an den Hauptvorstand um eine außerordentliche Unterstützung, wurde jedoch abgewiesen. Schließlich verwendete er aus der Verbandskasse 72 Mr. für sich und so kam es, daß der Hauptvorstand die Villale aufließ. Wenn es uns möglich war, die Villale Roth wieder zu rekonstruieren, so sei dies darauf zurückzuführen, daß sich mittlerweile eine Reihe Gewerkschaften anderer Berufe derselbst bildeten.

Kollege Rößel-Hof wünschte, daß in Zukunft die Versammlungen planmäßiger arrangiert würden, damit unnötige Ausgaben vermieden würden.

Kollege Kaiser-Bayreuth gab Aufschluß über die Verwendung des Aufschubes von 20 Mr. für Agitation.

Kollege Becker-Nürnberg erklärte sich mit der Tätigkeit des Agitationssomitees einverstanden und beantragte, dem Vorsitzenden und dem Kassierer derselben eine kleine Entschädigung zu teilen werden zu lassen.

Kollegen Jenk-Forchheim wäre es lieber, wenn für Agitation mehr ausgegeben würde. Es müsse viel mehr agitiert werden. So könnte beispielswise von Hof aus viel mehr getan werden, da einerseits die Bahnhverbindung eine gute sei und andererseits die entsprechenden reichen Kreise vorhanden seien. Nunmehr sei es unzureichend, wenn in einer Versammlung zwei Redner erscheinen; hier könnte allerdings gespart werden.

Kollege Maithe-Hof wußte aus, daß gleich der Bayreuther Villale auch ihre Villenkasse stets mit Übel zu rechnen habe. Trotzdem hätten sie während der Ausperrung vollständig ihre Schuldigkeit getan und hätten auch hinsichtlich der Agitation nicht hintergekommen.

Kollege Arzberger-Erlangen: Bei der guten Organisation in Erlangen erübrigte sich während der Ausperrung eine Versammlung; anders in Hof, Bayreuth und anderen Orten, wo die Organisationsbereitschaft schlecht sei. Dem Agitationssomitee folgten die Villen Rößel, Erlangen, Roth und Forchheim nahe bearbeitet werden. Der Hirsch-Duischesche Gewerbeverein entfallen auch bei ihnen eine wichtige Agitation, doch wurde dem Herrn Redakteur Goldschmid derselbst ganz gehörig der Kopf gewachsen.

Kollege Schün-Nürnberg bemerkte, daß das Agitationssomitee gewusst habe, gleich nach Ausbruch der Ausperrung Referenten einzuladen. Doch antworteten die Kollegen auf die Briefe des Komitees nicht rechtzeitig; spätestens Hof habe die Briefe unbeantwortet gelassen.

Kollege Maithe-Hof bestritt dies und stellte fest, daß auf den Brief des Agitationssomitees hin alle Vorkehrungen getroffen wurden, um eine gutbesuchte Versammlung zu stande zu bringen.

Kollege Jenk-Forchheim: Wenn Hof am meisten angegriffen werde, so bedauert, weil dies das Sonderum der Zentralarbeiter in Nordbayern ist — habe vollständig seine Pflicht getan, indem es den

höheren Kollegen zuvorgekommen sei. Leider seien die Organisationsverhältnisse in Hof im allgemeinen sehr schlecht.

Kollege Brümmel-Hirsch: Man solle ja nicht glauben, daß bei ihnen nichts gemacht werde, doch sei die Agitation dagegen äußerst schwer, weil man hauptsächlich mit bürgerlicher Bevölkerung zu rechnen habe, welche die Fabrikarbeit als Nebenerwerb betreibe. Auf der andern Seite würden die agitatorisch tätigen Kollegen gemacht werden.

Kollege Maithe-Hof verwahrte sich gegen den Vorwurf, daß sie nicht arbeiteten. Im Gegenteil! Es würden oft erfolgreiche Versammlungen abgehalten, doch würde in der Regel die größte Zahl der Mitgliedsbücher nicht angenommen. Redner empfahl die sofortige Erhebung der Eintrittsgebühr.

Kollege Mautsch-Forchheim bestätigte dies.

Kollege Martin-Oberlohe führte aus, daß es ihnen trotz intensiver Agitation nicht möglich sei, eine gutbesuchte Versammlung zu stande zu bringen. Nunmehr waren sie in der Lage, eine Arbeitszeitverkürzung durchzuführen.

Kollege Knutig-Roth a. S. erörterte die Verhältnisse derselben. Ein Vorsitzender habe eine äußerst schwierige Stellung. Kollege Rößel-macher wurde gleich ihm gemacht. Nun steht die Villale wieder ohne Vorsitzenden da. Er wünsche, daß von Seiten des Agitationssomitees ein solcher gestellt werde. Auch erachtete Redner um Gewährung der Umzugshilfe, die von der Konferenz bewilligt wurde.

Kollege Brümmel-Hirsch empfahl, bei der Agitation auf keinen Aussichtslosen hinzuweisen; so selbst hätten damit recht trübe Erfahrungen gemacht.

Kollege Rößel-Berlin ging auf die verschiedenen Ausführungen der Delegierten ein; er bedauerte die schwierige Stellung der nordbairischen Zentralarbeiter und sicherte ausreichende Unterstützung des Vertrauensmanns und des Hauptvorstandes zu.

Kollege Berger erhielt das Schlusswort und verlas einige Briefe der Referenten über den Erfolg der von ihnen abgehaltenen Versammlungen. Dieselben laufen zum Teil nicht besonders günstig. Redner verteidigte die Maßnahmen des Agitationssomitees während der Ausperrung in Erlangschau. Sollten die Kollegen Hof ein Unteragitationssomitee bilden wollen, so werde dies seinerseits gefordert, und sofern sie Geld benötigen, so möchten sie sich nur getrost an das Agitationssomitee wenden.

Hierauf wurde dem Agitationssomitee einstimmig Entlastung erteilt. Ein Antrag des Kollegen Kaiser, dem Vorsitzenden und dem Kassierer für das abgelaufene Jahr eine Entschädigung von je 25 Mr. zu gewähren, wurde angenommen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung erhielt das Wort Kollege Arzberger-Erlangen. Er führte aus: Der wichtigste Beschluss der Generalversammlung wäre die Erhöhung der Beiträge. Dieser Beschluss sei eine Folge der Ausperrung in Erlangschau, welche bewiesen habe, daß der Verband schlagfertiger gemacht werden müsse, um nicht gleich beim Ausbruch eines Kampfes den Verteidigungsschroben zu müssen. Die Delegierten müßten veranlaßt werden, in die Versammlungen zu kommen, um zu erklären, warum sie für die Beitragserhöhung gestimmt haben. Während dieser kritischen Zeit müßten alle persönlichen Zwischenfälle vermieden werden. Es würde sich empfehlen, jetzt schon die nächsten Beiträge einzutreiben. Notwendig sei auch, daß im gegenwärtigen Augenblick die Vorstandsmitglieder auf ihren Posten bleibent. — Man solle sein Gewicht auf die Vorbereitung legen, daß die Gauenteilung gemacht wurde, um einigen Personen eine mittelmäßige Position zu verschaffen. Die Anstellung von beförderten Gaubeamten sei bloß eine verbesserte Form der Organisation, die keiner Beitragserhöhung bedürfe; ein Gauleiter müsse vielmehr in der Lage sein, sich selbst bezahlt zu machen. Wir hätten lediglich eine praktische Einrichtung, die sich in anderen Organisationen bewährt habe, nachgeahmt. Viele Kollegen stießen sich daran, daß die Gaubeamten 1600 Mr. Salate bekämen. Ja, sollen wir uns denn die Hungerelöste, die die Unternehmer zahlen, zum Muster nehmen? Die Arbeit, die die Gauleiter würden zu leisten haben, werde keine kleine sein und dieselben seien um ihre Stellung keineswegs zu beneiden. — Was die Einführung der Arbeitslosenunterstützung anbelange, so werde diese Materie in der nächsten Generalversammlung ihre Erledigung finden. Mittlerweile sollte die Statistik richtig geplädiert werden und es müsse zu empfehlen, daß die Villenleitung penibel über die Ausfüllung der statistischen Karten wachten. — Redner besprach die Verbesserungen, die das Unterschüttungswesen erfahren hat, ebenso die angenommenen Maßnahmen, die Bezug haben auf die Taktik bei Streiks, und die, die auf die Villenverwaltung sich beziehen. — Man könne über die Beiträge denken, wie man wolle, daß eine siehe sei, daß die verlassene Generalversammlung einen Meilenstein in der Geschichte der Zentralarbeiterbewegung bilde. Durch die Erhöhung der Beiträge hätten wir den deutschen Arbeitern gegenüber eine kleine Ehrenschuld beglichen. Gewicht müsse darauf gelegt werden, unter einander einzustimmen, um einen einstells die Indifferenzen zu gewinnen, und um andererseits dem gut organisierten Unternehmertum eine festgestigte, geschlossene Masse gegenüberstellen zu können. Das Unternehmertum werde sich dann hüten, uns ein zweites Erlangschau anzubieten. Sei auch die Ausperrung in Erlangschau nicht zu unsern Gunsten beschieden, so habe sie uns doch eine Reihe von Rämpfen erspart; sie sei vielleicht der leichte Schritt gewesen zur Erringung des gesetzlichen arbeitsamtlichen Arbeitsstags.

Kollege Gerneth-Erlangen sprach sich aussdrücklich über die Beitragsverhöhung aus; es durfte nicht vergessen werden, daß auch den Mitgliedern dafür höhere Gegenleistungen geboten werden.

Kollege Rößel-Berlin: Wenn wir die Beiträge nicht erhöht hätten, so wüssten wir in Zukunft vergleichbar an die Solidarität der deutschen Arbeiter appellieren, denn mit ihr hätte kein Missbrauch getrieben werden. Wir würden voraussichtlich Mitglieder verlieren, und zwar solche, die die Beitragserhöhung als willkommene Grund zum Ausscheiden vorschließen. Wie hätten aber auch schon seit der Generalversammlung sehr viele Abonnenten zu verzögern.

Kollege Berger-Nürnberg: Das Agitationssomitee habe sich mit dieser Frage schon beschäftigt und wolle sie mit der Meinung des Beitragskundentag verquicken. Vorläufig würde es geraten sein, die Frage der achtzigjährigen Lohnzahlung dem Komitee zur weiteren Erledigung zu übertragen.

Hierauf gelangte ein Antrag zur Annahme: Dem Hauptvorstand den Antrag zu unterbreiten, für Bayern einen beförderten Beamten anzustellen. Das Agitationssomitee bleibt in der heutigen Form bestehen.

Über den dritten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Berger. Er klagte sich darüber, daß gerade solche Orte das Agitationssomitee mit der Statistik im Stiche gelassen, die dieselbe beansprucht hätten. Eingeschritten seien 10 Beitragsbogen. Dieselben entstammten einer sehr trübsamen Epoche der Zentralarbeiter; immerhin sei es fraglich, ob sich diese spärliche Arbeit zur Veröffentlichung lohne. Redner ersuchte die Delegierten, wenigstens dafür zu sorgen, daß in allerkräftiger Weise dem Agitationssomite mindestens je ein Beitragsbogen jeder Villale zur Verfügung gestellt werde.

Kollege Kaiser-Bayreuth legte der Konferenz eine unvollständige Statistiktabellen vor. Daß diese Arbeit nicht fertiggestellt werden konnte, liege daran, daß sich mittlerweile in Bayreuth eine eigenartige Vorgang abspalte. An den Ausschüttarat der neuen Baumwollspinnerei sei eines Tages ein mit seiner (Kolleg) Namensunterschrift versehener Brief gekommen, worin die Beitragskasse dieser Fabrik bis in die kleinsten Details einer abfälligen Kritik unterzogen wurde. Eine von der Fabrikdirektion eingeleitete Untersuchung habe wohl die Unrechtmäßigkeit der Namensunterschriften ergeben, doch habe sich bei derselben herausgestellt, daß im selben Augenblick eine Statistik-Kommission bestellt war, die Beitragskasse der Fabrik statistisch zu verprüfen. Weitere Regelungen von Mitgliedern derselben hätten diese statistische Arbeit unvollendet gelassen.

Nach einer kurzen Diskussion wurde im Einne des Referenten beschlossen.

richten, den gehäuftindigen Arbeitsstag einzuführen. Obenso sollte das Komitee beauftragt werden, bezüglich der Gauenteilung an den Hauptvorstand einen entsprechenden Antrag zu stellen. Die Wirk-

samkeit der Gauleiter demonstrierte der Kollege durch Beispiele aus dem Volksarbeiterverbande. Danach wurden laut offiziellem Bericht Versammlungen abgehalten in den Gauen Danzig 132, Breslau 87, Berlin 212, Chemnitz 147, Magdeburg 97, Hannover 292, Überfeld 182. In den letzten zwei Jahren wurden beiwohlweise 2200 Mitglieder gewonnen. Sollten solche Erfolge bei uns andgeschlossen sein? — Redner entschuldigte das bisherige Ausbleiben des Berichts von der Generalversammlung damit, daß der Stenograph mit den Übertragungsarbeiten noch nicht fertig sei.

Kollege Berger-Nürnberg: Die Agitation müsse viel intensiver betrieben werden, hätten wir die Gauenteilung vor der Ausperrung in Erlangschau gehabt, so hätte dieselbe nicht so lange gedauert. Redner habe schon vor Jahren den Antrag gestellt, für Bayern einen beförderten Beamten anzustellen; die Konferenz möge einen dahingehenden Antrag an den Hauptvorstand stellen.

Kollege Knutig-Nürnberg ist, wie er behauptet, schon von jenseits für erhöhte Beiträge gewesen. Die Arbeitslosenunterstützung müsse unter allen Umständen eingeschürt werden. Nachdem einmal die Gauenteilung beschlossen sei, müßten wir unbedingt für Bayern allein einen beförderten Beamten verlangen.

Kollege Arzberger-Erlangen sprach im selben Sinne.

Kollege Maithe-Hof: Eine strikte Abgrenzung nach Landesgrenzen werde in Zukunft kaum eingehalten werden können. Auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse würden die Gau vielmehr in engster Fühlung mit einander bleiben müssen.

Kollege Doll-Augsburg stand ebenfalls auf dem Standpunkt, daß Bayern allein einen Gau bilden sollte.

Kollege Kaiser-Bayreuth: Durch die Opferwilligkeit der Zentralarbeiter während der Ausperrung in Erlangschau sei der Beweis erbracht worden, daß dieselben wohl eine Beitragserhöhung vertragen. In Bezug auf diesen sei noch, daß die Rechte der Mitglieder eine bedeutende Erweiterung erfahren. — Die Gauenteilung sei der Anfang an einer höheren Organisationsform, der sich kein einsichtiger Kollege verschließen dürfe. Redner wandte sich gegen die Meinung, daß die Agitationssomitee durch die Gauenteilung überflüssig würden. Im Gegenteil! Es werde vielmehr notwendig sein, neben denselben sogar Unteragitationssomitees zu unterhalten, um die Agitation in ein bestimmtes System zu bringen. — Bezüglich der Arbeitslosenunterstützung warnte der Redner davor, den Mitgliedern zu versprechen, daß auf Grund der jetzt erhöhten Beiträge ihnen in zwei Jahren schon die Unterstützung gewährt werden könnte. Gibt die statistischen Erhebungen könnten die Frage endgültig beantwortet. Leider sei in der Fachzeitung diese Voricht nicht gelöst worden. War auch nicht nötig, da bei einem 80 Pf. Beitrag sicher die Unterstützung eingeschürt werden kann; es fragt sich nur, in welcher Höhe. D. W. Zur Agitation empfahl Redner die Verleihung gewisser Mittel aus der „Arbeitsgeberzeitung“, die, selbst ohne Kommentar, überraschende Erfolge vorbrachten. Bei den Zentralarbeiterlein müssen auf die Wochenerlöse Unterstützung mehr als bisher hingewiesen werden, wenn auch dieser Zweig finanziell unrentabel sei.

Kollege Rößel-Berlin: Stimmte dem Vortrag zu und bemerkte zu der Wochenerlöse-Unterstützung, daß sie dem Verband wohl finanzielle Opfer auferlege, daß aber aus Kindern, bei denen der Verband Partei gestanden habe, gute Kämpfer würden. — Die Wahl der Gauleiter solle in der Weise erfolgen, daß die beim Zentralvorstand angemeldeten Kandidaten den in Betracht kommenden Villalen mitgeteilt würden und durch dieselben aus allgemeiner Wahl hervorgehen.

Kollege Jenk-Forchheim besprach die Bestrebungen der Scharfmacher, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu rauben, und empfahl ebenfalls das Abonnement auf die „Deutsche Arbeitsgeberzeitung“.

Kollege Doll-Augsburg gab im Namen des südbairischen Agitationssomitees die Erklärung ab, daß es sich mit den Beschlüssen der nordbairischen Konferenz einverstanden erklärte. Auch in Augsburg sei der Versuch gemacht worden, einen beförderten Beamten anzustellen, und es seien damit gute Erfolge erzielt worden, doch habe wegen Mangels an Mitteln von der Aufrechterhaltung des Beamten abgesehen werden müssen.

Kollege Kaiser-Bayreuth erklärte, er sei kein Gegner des allgemeinen Wahlrechts, doch sei er entgegen der Meinung des Kollegen Rößel der Ansicht, daß die Wahl von Gauleitern dem Zentralvorstand überlassen bleiben sollte.

Kollege Gerneth-Erlangen führte aus, daß es zweckmäßiger wäre, an Stelle des Abonnements auf die „Arbeitsgeberzeitung“ in unserer Fachpresse mehr auf die Wände der Scharfmacher Bezug zu nehmen.

Kollege Jenk-Forchheim: Unser Bestreben müsse darauf gerichtet sein, die Lohnzahlungskosten von 14 Tagen auf 8 Tage herabzusetzen, dann würden auch die Beiträge weniger.

Kollege Berger-Nürnberg: Das Agitationssomitee habe sich mit dieser Frage schon beschäftigt und wolle sie mit der Meinung des Beitragskundentag verquicken. Vorläufig würde es geraten sein, die Frage der achtzigjährigen Lohnzahlung dem Komitee zur weiteren Erledigung zu übertragen.

Hierauf gelangte ein Antrag zur Annahme: Dem Hauptvorstand den Antrag zu unterbreiten, für Bayern einen beförderten Beamten anzustellen. Das Agitationssomitee bleibt in der heutigen Form bestehen.

Über den dritten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Berger. Er klagte sich darüber, daß gerade solche Orte das Agitationssomitee mit der Statistik im Stiche gelassen, die dieselbe beansprucht hätten. Eingeschritten seien 10 Beitragsbogen. Dieselben entstammten einer sehr trübsamen Epoche der Zentralarbeiter; immerhin sei es fraglich, ob sich diese spärliche Arbeit zur Veröffentlichung lohne. Redner ersuchte die Delegierten, wenigstens dafür zu sorgen, daß in allerkräftiger Weise dem Agitationssomitee mindestens je ein Beitragsbogen jeder Villale zur Verfügung gestellt werde.

Kollege Kaiser-Bayreuth legte der Konferenz eine unvollständige Statistiktabellen vor. Daß diese Arbeit nicht fertiggestellt werden konnte, liege daran, daß sich mittlerweile in Bayreuth eine eigenartige Vorgang abspalte. An den Ausschüttarat der neuen Baumwollspinnerei sei eines Tages ein mit

Als Vorort des Agitationskomitees wurde Nürnberg belassen, doch flossen zu wichtigen Beratungen Vertreter von Zürich, Erlangen und Frankenthal zugreifen werden.

Kollege Mittelholz-Hof erklärt sich damit einverstanden, daß die Kollegen dazu ein Unteragitationskomitee bilden sollen; wenigstens sei ihnen Belegenheiten geboten, zu zeigen, daß auch sie agitieren.

Auf Antrag Kassiers wurde beschlossen, den Vorsitzenden und dem Kassierer des Agitationskomitees auf der Konferenz zu wählen. Gewählt wurden: als Vorsitzender Kollege Berger, als Kassierer Kollege Bachmeier.

Beigetragen wurde noch einem Antrage des Kollegen Gerneth-Erlangen, wonach bei Besetzung des Komitees auf die verschiedenen Brüderlichkeit zu nehmen sei.

Eine Agitationssitzung mit Kollegen Brüggemann als Referenten wurde wie folgt festgesetzt:

7. Juni in Sol.	15. Juni in Zürich,
8. — Maila.	16. — Erlangen.
9. — Oberloßau.	17. — Fürth.
10. — Wunsiedel.	18. — Bamberg.
11. — Markt-Medwitz.	19. — Hof.
12. — Bayreuth.	20. — Hohenrechberg.
13. — Nürnberg.	21. — Münchberg.
14. — Roth a. Sand,	22. — Schwarzenbach.

Der Konferenz wurde empfohlen, die gegnerischen Blätter bei der Annexionierung möglichst zu verschonen.

Die nächste Konferenz findet in Markt-Medwitz statt.

Die Delegierten von Maila, Markt-Medwitz und Oberloßau erhalten Delegationslosen von je 10 Mr. bewilligt.

Beschlossen wurde ferner die Aufstellung eines Protokollbuches, in das die Protokolle der Konferenzen und die Sitzungen des Komitees einzutragen sind.

Nach einem markigen Schlussswort des Vorsitzenden wurde die Konferenz mit einem begeisterten Hoch auf den Verband geschlossen.

K. K.

Das Vereinigungsrecht der Arbeiter in Gefahr!

Dah die Arbeitgeber-Vereinigungen vor allem bestrebt sind, daß Vereinigungsrecht der Arbeiter zur Errichtung besserer Wohn- und Arbeitsbedingungen zu verhindern, ist ja nichts ungemeinliches. Gehört doch die Herren von dem Berlanger aus: "Der Arbeiter wird von uns beschäftigt, darum hat er sich auch den von uns getroffenen Anordnungen zu fügen, nicht nur an der Arbeitsstelle, auch in seinem Privatleben." Nun ist dieses Verlangen — wenigstens in seinem ersten Teil — heute schon erfüllt; der Arbeiter muß infolge seiner wirtschaftlichen Schwäche nach den Anordnungen des Arbeitsherrn sich fügen. Er kann sich zwar dagegen anstrengen, allein der Unternehmer sagt: "Wenn es die nicht reicht, wie ich es haben will, so kannst du gehen." Der Arbeiter geht, kommt zu einem anderen und findet dort dasselbe. Was bleibt ihm übrig, als sich zu führen?

Aenders wird die Sache, wenn die Arbeiter vereint die Verbesserung dessen, was ihnen läuft wird, verlangen. In diesem Falle wird der Arbeitgeber mehr nicht genötigt sein nachzugeben, als sich auf sein Privatrecht zu stützen. Dasselbe ist es das Bestreben der Arbeitgeber, die Arbeitervereinigung unmöglich zu machen; darüber gibt die "Arbeitgeber-Zeitung", ein Organ der Scharfmacher, in jeder ihrer Nummern Ruffschulz, denn in einem fort predigt sie rücksichtlose Bekämpfung der Arbeiterorganisationen. Dabei wird kein Unterschied gemacht zwischen den freien Gewerkschaften und den Hirsch-Dunkerianern. Auch die Christlich sozialen und die Frankfurter finden keine Gnade.

Wer noch auf die Humanität der Arbeitgeber rechnet, wer noch der Ansicht ist, daß es innerhalb der heutigen Ordnung möglich wird, auf dem Wege der friedlichen Vereinbarung für den Arbeiter Verbesserungen zu erlangen, der wird durch diese Zeitung von seinem Optimismus geheilt. An Nachstehendem eine Probe davon, wie das Raftionsrecht der Arbeiter gestört oder unmöglich gemacht wird, oder doch gemacht werden soll — was freilich leichter gedacht als getan ist.

Nach § 105 der Gewerbeordnung ist das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitgebern zweiter Vereinbarung, doch sind hierbei die gesetzlichen Bestimmungen zu beachten.

Während nun nach § 121 Gesellen und Gehilfen verpflichtet sind den Auerdungen des Arbeitgebers Folge zu leisten — das heißt, der Arbeitgeber kann die Arbeitsordnung nach seinem Gutdünken abfassen — muß nach § 184 für jeden Betrieb, in welchem regelmäßig 20 Arbeiter beschäftigt werden, eine Arbeitsordnung aufgestellt werden, über deren Bestimmungen die Ansicht der Arbeiter zu hören ist. Es ist dann den Arbeitern im Gegenseitig zu § 121 das Recht eingeräumt, die Arbeitsordnung so zu gestalten, wie sie es für gut befinden.

Schon das erscheint der Arbeitgeberzeitung oder dem Dr. Biberfeld, der den Artikel zeichnet, als ein Eingriff in das Rechte des Arbeitgebers. Nach dem Artikel hat der Arbeiter dem Arbeitgeber gegenüber überhaupt kein Recht, oder doch nur insoweit, als es der Arbeitgeber gestattet.

Doch es kommt noch besser. Nach § 134 der Gewerbeordnung kann in die Arbeitsordnung mit Zustimmung der Arbeiter eine Bestimmung aufgenommen werden, durch die das Verhalten des Mindestjährigen außerhalb des Betriebes geregelt wird. Das heißt, der Mindestjährige steht nicht nur während der Arbeit im Betriebe unter der Kontrolle des Arbeitgebers, sondern er hat sich auch außerhalb des Betriebs so zu verhalten, wie es die Arbeitsordnung bestimmt.

Diese Bestimmung will nun Herr Dr. Überfeld auch auf die Gewerkschaften ausgedehnt wissen. So war befürwortet der Herr nicht die uneingeschränkte Bevorrechtung der Arbeiter durch den Arbeitgeber, wohl aber, daß letzterer das Recht eingeräumt werde, in die Arbeitsordnung Bestimmungen aufzunehmen, durch die dem Arbeiter bei Strafe verboten werden kann, Vereinigungen anzugehen, die die Interessen des Arbeitgebers schädigen könnten. Zu solchen Vereinigungen rechnet er vor allem die gewerkschaftlichen. So war der Doktor zu, daß ein solches Streben auf Widerstand stoßen könnte, doch glaubt er, daß, wenn erst einmal die maßgebenden Stellen von der Notwendigkeit einer beratlichen Bestimmung überzeugt seien würden, die Vornahme einer Rendition zu erwarten sei.

Man sieht daran, mit welchen Mitteln gearbeitet wird, um dem Arbeitgeber das bloße Recht, auf die Besserung seiner Lage einzutreten, zu entziehen.

Es genügt dem Verteidiger der Interessen des Unternehmertums nicht, daß der Arbeiter wirtschaftlich überhaupt schon abhängig ist, sondern auch noch sein Privatleben soll reguliert werden.

Bei der Macht und dem Einfluß des Unternehmertums auf die Gesetzgebung ist auch zu erwarten, daß nach der bezeichneten Seite hin auf gesetzlichem Wege zu Gunsten des Unternehmertums ein Versuch zur Aenderung der Gewerbeordnung vorgenommen wird.

Woß ist richtig, daß diese Aenderung der Gewerbeordnung nur auf dem Wege der Gesetzgebung vorgenommen werden kann, wodurch die Vertreter des Arbeiters auch noch ein Wort mit reden können. Aber auch das Unternehmertum weiß dies; daher ist es auch in seiner Macht für eine Aenderung des bestehenden Reichstagsgesetzes. Mit großem Erfolg registrierte die "Arbeitgeberzeitung" die bekannten Auskünfte der Mirbach und Konferenz im preußischen Herrenhaus.

Es war ihr von mir und der Seite gefordert, daß das heutige Wahlrecht der von der Masse des Volkes gemäßbraucht werde, daher bestreitet werden müsse.

Aud alledein geht nur zu deutlich hervor, wie das Unternehmertum und seine Helfershelfer mit Hochdruck arbeiten, um den bestenseten Arbeiter vollständig regellos zu machen, ihm zum vorliegenden Sklavengrad zu bringen. Indessen ist es im Staande immer gut, wenn man die Bewegungen des Bezuges kennt; es kann dann Vorkehrungen getroffen werden, bestimmt bestrebungen zu nichts zu machen.

Und das muß Aufgabe der Arbeiter sein.

sühl nationaler Zusammengehörigkeit, begründet auf das Bewußtsein gleicher Rechte und gemeinsamer Wünschen aller Mitglieder des Volkes, muß in sämtlichen Gesellschaftsschichten soviel als nur irgend möglich gestärkt werden. Als ein in dieser Richtung bestens wirkendes Mittel erweist sich die allgemeine Volkschule. Die Erziehung der Kinder aller Stände leidet in der allgemeinen Volkschule durchaus nicht; sie erhält im Gegenteil mannigfache Förderung, die Schulen nicht zu bieten vermögen, die nur von Kindern bestimmter Bevölkerungsgruppen besucht werden. Infolge dieser Thesen wird dann gefordert, daß den Vorschulen die staatliche Unterstützung entzogen werde und jedes Kind bis zum vollendeten 10. Lebensjahr die allgemeine Volkschule besuchen müsse, doch also für alle die Volkschule zur allezeitigen Vorschule werden sollte.

Dem Beschluss ging ein Referat des Münchener Lehrers Gutzmann voran, in dem es hieß: Das deutsche Volk habe auf blutiger Wahlstatt seine äußere Einheit erreicht und große Opfer würden aufgewendet, um das Reichsrecht lang und schwer zu erhalten. Aber die innere Einheit müsse hinzukommen. Besonders könnte durch die allgemeine Volkschule das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl gehoben werden. Die allgemeine Volkschule sollte zur Verschönerung der Klassengegenseiten beitragen. Die Lehrer wenden sich gegen den Klassendankel in den oberen und neuen den Klassenhaben in den unteren Kreisen. Die allgemeine Volkschule habe auch soziale Aufgaben im Hinblick auf die Eltern. Die Klassengegenseiten seien in Kindern mit allgemeiner Volkschule nicht so schroff wie anderwärts. Sittliche Verwahrlosung sei durch die allgemeine Volkschule nicht zu befürchten. Häufiger werde es sein, daß gut erzogene Kinder verwahrloste Kameraden zu sich herausziehen. Außerdem sei Sittlichkeit keineswegs nur bei den Steichen anzutreffen. Jungeleben sei es gerade umgekehrt.

Beirat Harry Kühne ging noch weit über die Forderungen des Referenten hinaus und beantragte: Das geforderte öffentliche Schulwesen ist als Volkschule so zu gestalten, daß jedem Kind, unabhängig von der Verhältnisse seiner Eltern, diejenige Bildung zu teil werden kann, die seinen Fähigkeiten entspricht.

Diese Resolution hat aber bei den bekannten Rechnungsprüfern in den Kreisen der Lehrer in den Bezirken leider keine Verstärkung gefunden. Was diese fordern, ist aber dennoch nicht zu verachten.

Zimmerhin ist es anerkennenswert, daß die Lehrerschaft sich bemüht, gleichviel aus welchen Motiven, Klassendankel und Klassenhaben, auf welche Eigenschaften der Referent schreit, pointiert hinzuweist, um zu beseitigen. Gelingt es ihr, den Klassendankel zu beseitigen, mit dem ja nur die obere in Klassen und untere Kinder behaftet sind, so ist für das Gefühl der Zusammengehörigkeit des Volkes schon viel genommen. Der in den unteren Klassen wurlende Hab ist bestellt wird er freilich erst durch Aufhebung seiner Ursachen: der Klassengegenseite; erst wenn diese aufgehoben sein werden, wird auch der Klassenhab in den unteren Kreisen schwunden.

Sicher würde aber aus der allgemeinen Volkschule das gesamte Volk Nutzen ziehen; der Nutzen wäre ein unterrichtlicher, ein pädagogischer und ein sozialer — wenn auch nur in beschränktem Maße.

Der Unterricht würde sich, was seine Lehrseite betrifft, viel wirklicher gestalten, wenn alle Kinder von verschiedener Verhältnis, also auch die bestätigten, an ihm teilnehmen müßten. Dadurch würden die minderbegabten zu höherem Verstehen angeregt. Je größer aber die Zahl der begabteren Schüler wäre, umso mehr könnte sich der Lehrer mit den minderbegabteren beschäftigen und so deren Verhältnis und damit das Ergebnis des Unterrichts erhöhen.

Nicht zu unterschätzen wäre auch die pädagogische Wirkung der allgemeinen Volkschule. Die Kinder der oberen Kreise sind ja zwar auch nicht immer Ausbunde von Artigkeit und Tugend, aber im allgemeinen ist ihr Benehmen doch ein solches, daß es manchem Arbeiterkinde als Vorbild dienen kann, wenn auch der Unterschied im Benehmen oft nur in der Form des vollen Ausdrucks zu finden ist. Das ist es ja aber, was die Kinder der Reichen über die der Armen erhebt und was der erwachsene Mensch in der Jugend vernachlässigt, sich erst in reiferem Alter mühsam eringen kann. Erst wenn er die Sprache so beherrscht, wie sein sozialer Gegner, kann er einen Kampf mit diesem beginnen. Und er wird dazu um so früher gelingen, je eher er zur Beherrschung der üblichen sprachlichen Formen gelangt. Und das wiederum wird um so früher geschehen, je eher er im Umgang mit ihm überlegenen Altersgenossen die modernen sprachlichen Formen über kann.

Nach § 105 der Gewerbeordnung ist das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitgebern zweiter Vereinbarung, doch sind hierbei die gesetzlichen Bestimmungen zu beachten.

Während nun nach § 121 Gesellen und Gehilfen verpflichtet sind den Auerdungen des Arbeitgebers Folge zu leisten — das heißt, der Arbeitgeber kann die Arbeitsordnung nach seinem Gutdünken abfassen — muß nach § 184 für jeden Betrieb, in welchem regelmäßig 20 Arbeiter beschäftigt werden, eine Arbeitsordnung aufgestellt werden, über deren Bestimmungen die Ansicht der Arbeiter zu hören ist. Es ist dann den Arbeitern im Gegenseitig zu § 121 das Recht eingeräumt, die Arbeitsordnung so zu gestalten, wie sie es für gut befinden.

Nach § 105 der Gewerbeordnung ist das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitgebern zweiter Vereinbarung, doch sind hierbei die gesetzlichen Bestimmungen zu beachten.

Der Unterricht würde sich, was seine Lehrseite betrifft, viel wirklicher gestalten, wenn alle Kinder von verschiedener Verhältnis, also auch die bestätigten, an ihm teilnehmen müßten. Dadurch würden die minderbegabten zu höherem Verstehen angeregt. Je größer aber die Zahl der begabteren Schüler wäre, umso mehr könnte sich der Lehrer mit den minderbegabteren beschäftigen und so deren Verhältnis und damit das Ergebnis des Unterrichts erhöhen.

Nicht zu unterschätzen wäre auch die pädagogische Wirkung der allgemeinen Volkschule. Die Kinder der oberen Kreise sind ja zwar auch nicht immer Ausbunde von Artigkeit und Tugend, aber im allgemeinen ist ihr Benehmen doch ein solches, daß es manchem Arbeiterkinde als Vorbild dienen kann, wenn auch der Unterschied im Benehmen oft nur in der Form des vollen Ausdrucks zu finden ist. Das ist es ja aber, was die Kinder der Reichen über die der Armen erhebt und was der erwachsene Mensch in der Jugend vernachlässigt, sich erst in reiferem Alter mühsam eringen kann. Erst wenn er die Sprache so beherrscht, wie sein sozialer Gegner, kann er einen Kampf mit diesem beginnen. Und er wird dazu um so früher gelingen, je eher er zur Beherrschung der üblichen sprachlichen Formen gelangt. Und das wiederum wird um so früher geschehen, je eher er im Umgang mit ihm überlegenen Altersgenossen die modernen sprachlichen Formen über kann.

Dazu würde ihm die allgemeine Volkschule Gelegenheit bieten, freilich noch viel mehr, wenn die Kinder aller Gesellschaftsklassen bis zum Ende der Schulzeit — nicht nur wie in der geforderten Vorschule vier Jahre lang — eine gemeinsame Schule besuchen müßten, wenn es nur eine Volkschule als Einheits-

Schule geben sollte.

Diese wagen aber die Lehrer noch nicht zu fordern — weil es vergeblich wäre. Wir fürchten, auch ihre beschiedenere Forderung wird nicht erfüllt werden.

Zimmerhin sei aber zugestanden, daß die Erfüllung auch dieser reduzierten Forderung schon von sozialer Bedeutung und als ein Mittel zu betrachten wäre, das die Ausgleichung der Klassengegenseite etwas zu fördern und den Klassendankel wohl zu mildern imstande wäre.

Mitteilungen aus Fachkreisen

Rathen. Mit welchen Verleumdungen und Verdächtigungen von Seiten der christlichen unteren Gewerkschaften bekämpft werden, möglicher folgender Vorfall Zeugnis geben. Als vor ungefähr zehn Wochen hier in Rathen betreffs Einführung eines Schiedsgerichts die Bogenrecht hoch gingen und bissher einige stürmische Versammlungen stattfanden, wurde in der von den christlichen unteren Gewerkschaften veranstalteten Versammlung von dem Verbandsgeneral Schiffer unter anderen "Neinzen" auch die Behauptung in die Versammlung geschießt, in Köln hätten die Führer der freien Gewerkschaft im Schneidersberge mit den Prinzipaln hinter dem Rücken der christlichen einen Gehörnturz abgeschlossen. Ein Redner von unserer Seite stellte sofort diese Behauptung als eine Verleumdung fest und wie darauf hin, daß gegen die Ausbreiter dieser Behauptungen Strafantrag gestellt sei, erforderte Herr Schiffer auf, von dem Urteilspruch in dieser Sache gefällig Rücksicht zu nehmen. Darauf die Sache gleich in der Versammlung, wie gefragt, von unserer Seite richtig gestellt worden war, blies der jüngste folgende christliche Redner (Mölling) in das Gesicht des Schiffer. Auch der Rathenauer Volksfreund wiederholte zum Überdruck einiges Zitate aus dem Schiedsgericht und wie darauf hin, daß gegen die Ausbreiter dieser Behauptungen Strafantrag gestellt sei, erforderte Herr Schiffer auf, von dem Urteilspruch in dieser Sache gefällig Rücksicht zu nehmen. Doch nun zur Versammlung. Da konnte erlich um 9 Uhr vom Vorsitzenden eröffnet werden, trotzdem wichtige Anlässe gegebenenfalls zu erledigen waren. Nach dem Rednerbericht wurde dann der Rätselraten eröffnet. Den zweiten Punkt bildete der Bericht von der Konferenz in Plauen. Auch wurde nachdrücklich Bericht vom Generalversammlung in Hannover erstattet. Zum ersten Bericht ordnete Kollege Krämerbold als Delegierter das Wort. Wie seinem gut bekannten Vorstand waren alle Anwesenden zufrieden. Redner forderte am Schluß seines Berichts, daß die Versammlung eine Resolution erlässt, die eine lobhafte Diskussion, Gesprächsfreizeit, möglicherweise eine Abstimmung einleide. Hierüber entstand eine lebhafte Diskussion. Gesprächsfreizeit wollen mehrere Mitglieder der Volksfreunde und die Gauleiter nicht recht wissen, aber nachdem mehrere Redner den Bericht und Nutzen der Versammlung erläutert hatten, wurde eine Resolution erlassen, durch die die Anwesenden dazu aufgefordert wurden, eine Resolution einzulegen, die eine lobhafte Diskussion, Gesprächsfreizeit und Abstimmung einleide. Die Versammlung nahm diese Resolution an.

Kirchberg. (Versammlungsbericht.) Unsere Mitglieder-Versammlung, die am 20. Mai in der "Kirchlichen" stattfand, war wieder einmal ein moralisch gewordenes durch die Unterhaltung der Kirche und der Kirchgemeinde verdecktes Versammlung. Es waren von allen diesen Orten zusammen etwa anderthalb Dutzend Männer erschienen. Offensichtlich waren die Vorbereitungen mangelschön getroffen worden; es kam doch gar nicht möglich sein, daß die Arbeiterschaft genannte Orte so kumpfhaft sind und nicht erkennen, daß nur durch öffentliche Beratung der Arbeiterschaft eine Besserung derselben herbeigeführt werden kann. Von einem Orte wurde berichtet, daß man dort kein Plakat gehangen habe, welches die Versammlung ankündigte. Auch waren die Menschen von Gablenz der Meinung, daß man mit ihnen hätte in Verbindung stehen sollen. Keiner konnte die Versammlung nicht abhalten werden, wegen allzu schwachen Besuchs, obgleich der Wirt umfangreiche Vorbereitungen getroffen hatte und die Polizei mit vier Mann da war.

Gera. (Verspätet.) Am Mittwoch den 11. Mai dieses Jahres fand eine Fabrikbesprechung der Arbeiter und Arbeitern der Leipziger Wollwaren mit der Tagessordnung: "Verfestigung über die Strafe resp. Haftstrafe" statt. Der Vorsitzende der Firma und der Arbeiterscretär waren anwesend. Der Vorsitzende des Fabrikantenschaffens gab einen Bericht über die Verhandlungen mit dem Herrn Direktor Josephsche Stadtrat Brokman. Danach wurden am Sonnabend, vor Pfingsten jedem im Betriebe beschäftigten Arbeiter und jeder Arbeiterschaffens ein Schriftstück ausgetragen, die Fabrikarbeitszeit und der Fabrikarbeitszeit der Arbeiterschaffens nicht mit der Fertigstellung ihres Produktes übereinstimmen sollten. Der Vorsitzende des Fabrikarbeitszeit schaffens, Weber G. Maier, nimmt jeder Aufnahme in der Fabrik entgegen und möchte, daß ab Arbeit und Arbeitern davon Gebrauch machen möchten.

Hohenberg. (Versammlungsbericht.) Am Freitag den 27. Mai fand im Gasthaus "Am Jech" eine öffentliche Arbeiterversammlung statt, die von 120 bis 130 Personen besucht war. Kollege Krämerbold aus Berlin sprach über "Der Fortschritt der Zeit". Er ging aus von der Produktionsweise, die vor Einschaltung der modernen Maschinentechnik herrschte. An der Hand eines Beispiele wies er nach, daß sich die Arbeitszeit und der Lohn für die Herstellung eines bestimmten Gegenstandes um das Vielfache vermindernd hat. Aber gerade in der Textilindustrie sei die Entwicklung mit am schnellsten und im größten Maßstab vor sich gegangen. Anstatt zum Nutzen der Völker sei die Verbesserung der Produktionsmittel zu ihrem Schaden ausgeschlagen. Der Redner besprach dann die erhöhte Intensität der Arbeit, durch die die Arbeiter viel mehr gefordert und angegriffen werden als früher. Trotzdem seien die Löhne so viel gehalten worden, daß sie im Verhältnis zu den lehrgeldlosen Preisniveau viel zu niedrig seien. Den meisten Schaden in dieser Beziehung habe die allgemeine Arbeitszeitverkürzung gebracht. Wer noch auf die Zeit der Arbeit habe, bemerkte in 4½ Jahren auf Kosten der Arbeit 1000 Tote. Weiterstellt Redner die ungünstigen Arbeiterschaffensbestimmungen, samte die steuelpflichtige Handhabung vorleben von Seiten der Unternehmer. Um allen diesen Nebelsünden abzuhelfen, hätten sich an den letzten Jahrestagen die Arbeiter der verschiedenen Branchen zu großen Industrieverbänden zusammengeflossen. So auch die Textilarbeiter im Jahre 1892. Der Textilarbeiterverband hatte 1903 60 000 Mitglieder. Die letzte Generalversammlung des Textilarbeiterverbandes in Leipzig am 20. Mai bestätigte die Auflösung des Textilarbeiterverbandes und die Gründung des Textilarbeiterverbandes unter dem